Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung,
Familie, Frauen und Senioren**

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 15/5936**

Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Landes-Behindertengleichstellungsgesetz – L-BGG)

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

- I. dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Drucksache 15/5936 – zuzustimmen;
- II. die Landesregierung zu ersuchen,
 1. nach der Novellierung des Gesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen (BGG) die dortigen Festlegungen und Erkenntnisse auszuwerten sowie
 2. die ersten Erfahrungen mit dem 2015 neu gefassten Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Landes-Behindertengleichstellungsgesetz – L-BGG) zu evaluieren und
 3. dem Landtag drei Jahre nach Inkrafttreten des Landes-Behindertengleichstellungsgesetzes (L-BGG) hierüber zu berichten.

26. 11. 2014

Der Berichterstatter:

Die Vorsitzende:

Werner Raab

Bärbl Mielich

Bericht

Der Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren hat in seiner 36. Sitzung am 26. November 2014 den Gesetzentwurf der Landesregierung – Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Landes-Behindertengleichstellungsgesetz – L-BGG) – Drucksache 15/5936 – beraten.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass zur Beratung ein interfraktioneller Entschließungsantrag (vgl. Anlage) vorliegt.

Allgemeine Aussprache

Ein Abgeordneter der Fraktion der CDU trägt vor, es habe lange Zeit gedauert, bis das nun im Entwurf vorliegende Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen auf den Weg gebracht worden sei. Es bestehe Übereinstimmung, die UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen. Dem werde mit diesem Gesetz Rechnung getragen. Er gehe davon aus, dass der Grad der Zustimmung bei diesem Gesetz hoch sein werde. Seine Fraktion stimme dem vorliegenden Entschließungsantrag und dem Gesetzentwurf zu.

Er führt weiter aus, das neue Landes-Behindertengleichstellungsgesetz (L-BGG) werde Konnexität auslösen. Mit einer Verwaltungsvorschrift müsse festgelegt werden, Mittel in welcher Höhe das Land im Zusammenhang mit dem L-BGG den Stadt- und Landkreisen bereitstelle. Die Erstattung an die Kreise für ehrenamtlich tätige kommunale Behindertenbeauftragte werde bei 3 000 € monatlich liegen. Bei Bestellung im Hauptamt werde sich der Betrag auf 6 000 € monatlich belaufen. Ihn interessiere, ob damit sowohl Sachkosten als auch Personalkosten abgedeckt seien.

Die CDU vertrete die Auffassung, dass für die Erstattungen an die Kommunen bezogen auf die kommunalen Behindertenbeauftragten ein eigener Haushaltstitel geschaffen werden sollte. Dies würde auch den Prinzipien der Haushaltsklarheit und -wahrheit Rechnung tragen. Bei der Beratung des Einzelplans 09 – Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren – des Haushalts 2015/2016 im Finanz- und Wirtschaftsausschuss sei klar geworden, dass die Aufwendungen in Höhe von voraussichtlich 2,8 Millionen € aus dem Titel 684 76 – Zuschüsse für Projekt und Maßnahmen an sonstige Träger – in Titelgruppe 76 – Maßnahmen zur Umsetzung der Inklusion – entnommen werden sollten. Der entsprechende Haushaltsansatz betrage für die Jahre 2015 und 2016 jeweils 4,8 Millionen €. Daher verblieben jährlich 2 Millionen € für Projekte. Er habe bereits in den Haushaltsberatungen die Frage aufgeworfen, welche Projekte in der Folge künftig nicht mehr durchgeführt werden könnten. Mit einem eigenen Haushaltstitel für die Aufwendungen für die kommunalen Behindertenbeauftragten könnte zudem augenscheinlich dargelegt werden, in welchem Umfang hier Mittel im Wege der Konnexität an die kommunalen Aufgabenträger erstattet würden.

Ein Abgeordneter der Fraktion GRÜNE führt aus, er begrüße den interfraktionellen Konsens hinsichtlich des L-BGG, der im Übrigen auch für alle Menschen mit Behinderungen im Land eine sehr gute Nachricht sei.

Die genannten 2,8 Millionen € seien den Haushalt betreffend bereits langfristig eingeplant gewesen. Dies gelte auch für die erste mittelfristige Finanzplanung dieser Landesregierung. Im dargestellten Zusammenhang komme es an keiner Stelle zu Mittelkürzungen.

Er bitte um Auskunft, ob sich § 8 – Recht auf Verwendung von Gebärdensprache und anderen Kommunikationshilfen – auch auf Schriftdolmetscher beziehe. Die Arbeit dieser Dolmetscher habe für viele Menschen mit Hörbehinderung eine sehr zentrale Bedeutung. Dies schließe auch Schwerhörige ein, die keine Gebärdensprache erlernt hätten.

Es sei nachvollziehbar, dass § 8 zunächst auf die Wahrnehmung eigener Rechte in Verwaltungsverfahren begrenzt sei. Seiner Kenntnis nach unternehme das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren bezogen auf dessen strukturierten Kontakt mit Menschen mit Hörbehinderung Anstrengungen,

um Barrieren zu beseitigen und Kommunikationshilfen bereitzustellen. Dies gelte auch in Bezug auf die Landeskommision für Menschen mit Hörbehinderung. Er bitte hierzu um Erläuterungen.

Eine Abgeordnete der Fraktion der SPD teilt mit, auch sie begrüße die Übereinstimmung hinsichtlich des Gesetzes. Der Gesetzentwurf sei auch in der Anhörung nahezu durchgängig auf Unterstützung gestoßen. Die stark abweichende Meinung des Gemeindetags Baden-Württemberg zu dem Entwurf habe sicherlich viele verwundert. Sie fährt fort, behinderte Bürger seien selbstverständlich auch Steuerzahler. Bürgermeister und Gemeinderäte sollten auch die Anliegen dieser Personen berücksichtigen, was ihrer Einschätzung nach auch erfolge. Sie persönlich gehe davon aus, dass die Mitglieder des Gemeindetags der in der Anhörung von dieser Seite vorgetragenen Position nicht unbedingt zustimmen würden.

Viele der in der Anhörung erhobenen Forderungen würden sich auf das Leistungsrecht beziehen. Jedoch ließen sich Ausweitungen des Leistungsrechts mit dem L-BGG nicht regeln. Vergleichbares gelte im Hinblick auf die Bauordnung und die Barrierefreiheit beim Bauen. Erst vor kurzem sei die Landesbauordnung mit erheblichen Verbesserungen in Bezug auf Barrierefreiheit geändert worden. Für die neuen Regelungen, die das Maximum des Möglichen darstellten, habe sie sich persönlich sehr stark eingesetzt.

Die Behindertenbeiräte seien für die Beteiligungsverfahren auf kommunaler Ebene sehr wichtig. Es wäre jedoch systemwidrig, wenn deren Bildung und Förderung vom Land ohne Beachtung des Konnexitätsgrundsatzes vorgeschrieben würden. Vor Ort werde in diesem Bereich viel unternommen.

Ihrer Einschätzung nach würden die Behindertenbeauftragten hier noch weitere Entwicklungen voranbringen. Die Behindertenbeiräte seien kommunale Gremien, für die die Kommunen die Verantwortung tragen würden.

Selbstverständlich leuchte es nicht auf Anhub ein, dass auch für Blinde zum Zeitpunkt der Zustellung eines Behördenbescheids, den die jeweilige Person im Normaldruck erhalte, die Widerspruchsfrist beginne. Dieses Problem lasse sich jedoch isoliert im Land nicht lösen. Änderungen diesbezüglich müssten gegebenenfalls im Bundesrecht vorgenommen werden. Zudem könnten Blinde entsprechend der landesrechtlichen Regelung verlangen, dass der Bescheid in einer für sie lesbaren Form zugestellt werde. Auch könne bei eventuellen Problemen in Bezug auf die Dauer bis zur Zustellung in der jeweiligen Form die Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand verlangt werden, wonach die Frist des Papierbescheids ohnehin nicht bindend wäre. Somit komme die SPD zu der Auffassung, dass bezüglich der Fristen keine weiteren Regelungen zu treffen seien.

Bezogen auf die Kommunikation gehe der Gesetzentwurf relativ weit. Weitergehende Regelungen insbesondere hinsichtlich der Leichten Sprache könnten nicht ohne Änderungen auf Bundesebene angegangen werden. Zunächst müssten die im Bund vorgesehenen Änderungen abgewartet werden.

Im Sinne ihrer Ausführungen habe sich aus der Sicht ihrer Fraktion aus der Anhörung keinerlei Änderungsbedarf ergeben. Die SPD werde dem Gesetzentwurf zustimmen.

Ein Abgeordneter der Fraktion der FDP/DVP bemerkt, seine Fraktion sei dem vorliegenden Entschließungsantrag beigetreten, da es wichtig sei, nach einer Phase der Einführung eine Evaluation vorzunehmen.

Die FDP/DVP werde dem Gesetzentwurf in der vorliegenden Form jedoch nicht zustimmen. Über einige kleinere Kritikpunkte könnte vielleicht hinweggesehen werden. Dies betreffe beispielsweise § 7 – Herstellung von Barrierefreiheit in den Bereichen Bau und Verkehr –, dessen Regelungen nicht „sauber“ seien, sowie die Beweislastumkehr.

Ein zentraler Kritikpunkt beziehe sich auf die Hauptamtlichkeit. Im Rahmen der Haushaltsberatungen im Finanz- und Wirtschaftsausschuss habe er den Antrag gestellt, die 2,8 Millionen €, die nun für die kommunalen Behindertenbeauftragten

vorgesehen seien, für Inklusion und zur Vermeidung von Barrieren bereitzustellen. Wie der Abgeordnete der CDU bereits ausgeführt habe, würden die voraussichtlich 2,8 Millionen € dem Titel 684 76 entnommen. Das Soll des Jahres 2014 betrage hier 4,89 Millionen € für Zuschüsse für Projekte und Maßnahmen an sonstige Träger. Der Finanz- und Wirtschaftsminister habe in den Haushaltsberatungen auf die niedrigen Istbeträge in diesem Titel in den Vorjahren verwiesen und kein Problem festgestellt. Seitens des Sozialministeriums sei bestätigt worden, dass die für 2014 in dem genannten Titel bereitgestellten Mittel tatsächlich in Anspruch genommen würden.

Mit den für die Jahre 2015 und 2016 eingeplanten Mitteln in Höhe von 4,8 Millionen € ließe sich ein Beitrag für Teilhabe und Inklusion leisten. Mehr als 50 % dieser Mittel würden jedoch voraussichtlich in Personal investiert. Dies betreffe die hauptamtlich und die ehrenamtlich tätigen Behindertenbeauftragten in den Kommunen. Die Landesregierung sei nicht bereit, zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen. Vielmehr würden Projektmittel eingesetzt, sodass für Projekte künftig wohl weniger Mittel bereitstünden. Dadurch, dass künftig wieder mehr Mittel für Personalaufstockungen aufgewandt würden, fehlten Mittel, um die notwendige Inklusion zu erreichen. Daher werde die FDP/DVP dem Gesetzentwurf nicht zustimmen.

Ein weiterer Abgeordneter der Fraktion GRÜNE trägt vor, bereits in den Haushaltsberatungen im Finanz- und Wirtschaftsausschuss sei deutlich geworden, wie obskur die Argumentation seines Vorredners sei. Das Anliegen des Abgeordneten der FDP/DVP lasse sich nicht im Einzelplan 09 realisieren. Vielmehr betreffe es die Landesbauordnung. Im Übrigen würden in den Doppelhaushalt 2015/2016 zweimal 5 Millionen € für die Herstellung von Barrierefreiheit im öffentlichen Verkehr eingestellt. Dies sei mehr, als in der Vergangenheit diesbezüglich zielorientiert unternommen worden sei.

In Bezug auf den Vorwurf der Aufstockung von Personal äußert er, die Behindertenbeauftragten müssten Aufgaben erfüllen und übernehmen z. B. eine Ombudsfunktion. Sie hätten Rechte und Interessen durchzusetzen. Dienste müssten von Menschen geleistet werden; sie suchten das Gespräch mit den betroffenen Personen und erfassten die Situation. Sein Vorredner habe das L-BGG wohl nicht verstanden. Er (Redner) begrüße, dass die CDU dem Gesetzentwurf zustimmen werde.

Der Ministerialdirektor im Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren erklärt, zum L-BGG werde es keine Verwaltungsvorschrift geben. Vielmehr würden zur Umsetzung Förderrichtlinien erlassen.

Die Pauschalbeträge in Höhe von 3 000 € für ehrenamtlich tätige und 6 000 € für hauptamtlich tätige Behindertenbeauftragte deckten jeweils sowohl die Sach- als auch die Personalkosten.

Die 2,8 Millionen € für kommunale Behindertenbeauftragte würden im Haushalt 2015/2016 aus dem Titel 684 76 beglichen. Dies bedeute jedoch nicht den Wegfall der Förderung von Projekten, was insbesondere für laufende Projekte gelte.

Der Betrag von 4,8 Millionen € sei in den Etat 2013/2014 vorsorglich aufgenommen worden, da bei der damaligen Planaufstellung noch nicht bekannt gewesen sei, zu welchem Zeitpunkt das L-BGG in Kraft treten würde. Nach derzeitiger Einschätzung verblieben in diesem Titel für 2014 Restmittel in Höhe von 200 000 bis 400 000 €.

Einen besonderen Haushaltstitel für die kommunalen Behindertenbeauftragten wolle das Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren derzeit noch nicht vorsehen.

Das Jahr 2015 werde eine Übergangsphase sein. So lasse sich derzeit nicht genau abschätzen, wie bald die Kreise die Mittel abrufen würden und ob vornehmlich ehrenamtlich oder hauptamtlich tätige kommunale Behindertenbeauftragte bestellt würden. Solange diese Fragen noch nicht geklärt seien, würden die kommunalen Behindertenbeauftragten aus dem genannten Haushaltstitel finanziert.

Er bestätige, dass die Schriftdolmetscher unter § 8 fielen. Dies sei auch in der Begründung des Gesetzentwurfs dargelegt.

Das Sozialministerium vertrete die Auffassung, dass bezüglich der Leichten Sprache zunächst die Entwicklung auf Bundesebene abgewartet werden solle, bevor auf Landesebene weitere Schritte ergriffen würden. Das Behindertengleichstellungsgesetz des Bundes werde momentan evaluiert. Die Ausführungen zur Barrierefreiheit in § 7 dienten der Klarstellung.

Eine Vertreterin des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren erläutere, die Landeskommision für Menschen mit Hörbehinderung tage zweimal pro Jahr im Gebäude des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren. Die Baulichkeiten in der Schellingstraße seien dahingehend eingeschränkt, dass sie Menschen mit Hörbeschränkungen bzw. Hörbeeinträchtigungen die Kommunikation in einer großen Gruppe erschwerten. Für den Neubau würden wohl Vorkehrungen in Form von Induktionsschleifen in den Sitzungsräumen vorgesehen.

Für die momentane Übergangsphase stelle das Finanz- und Wirtschaftsministerium akustisch geeignetere Räume kostenlos zur Verfügung. Zudem würden in dieser Phase technische Hilfen kostenlos bereitgestellt. Somit könne davon ausgegangen werden, dass die Kommunikation für alle Mitglieder der Kommission gewährleistet sei.

Der Abgeordnete der Fraktion der FDP/DVP vergewissert sich, ob aus den Ausführungen des Ministerialdirektors zu schließen sei, dass 2014 aus dem Titel 684 76 4,4 bis 4,6 Millionen € für Zuschüsse für Maßnahmen und Projekte zur Umsetzung von Inklusion eingesetzt würden. Er frage nach, ob das Land 2015 und 2016 tatsächlich weniger Mittel zur Umsetzung von Inklusion investieren werde. Er äußere, wenn der Zeitpunkt erreicht sei, zu dem die angesprochenen 2,8 Millionen € abfließen würden, verblieben für Projekte und Maßnahmen im Bereich der Inklusion von den 4,8 Millionen € lediglich noch 2 Millionen €.

Ein weiterer Abgeordneter der Fraktion der CDU bemerke, es sei eine politische Entscheidung, für die ehrenamtlichen bzw. hauptamtlichen kommunalen Behindertenbeauftragten 3 000 € bzw. 6 000 € monatlich zur Verfügung zu stellen. Die CDU betrachte diese Festlegung mit Sorge. Er persönlich hätte vorgeschlagen, für alle kommunalen Behindertenbeauftragten jeweils 4 500 € bereitzustellen. Er werde beobachten, ob die getroffene Regelung in der Praxis funktionieren werde.

Der Ministerialdirektor trage vor, in der Tat würden 2014 die Mittel in Titel 684 76 mit Ausnahme des von ihm genannten Restes voraussichtlich abfließen. Ab 2015 würden von den 4,8 Millionen € im genannten Titel die zur Umsetzung des L-BGG erforderlichen Mittel verwandt. Wenn die für das L-BGG eingeplanten Mittel komplett abfließen – wovon das Ministerium derzeit nicht ausgehe – verblieben hier maximal 2 Millionen €. Der Ansatz des Titels sei für 2013 erhöht worden und habe beispielsweise 2010 und 2011 nicht bei 4,8 Millionen € gelegen. Künftig würden die Mittel schwerpunktmäßig für das L-BGG eingesetzt. Im Übrigen handle es sich in der Tat um eine politische Entscheidung, 3 000 € bzw. 6 000 € für die kommunalen Behindertenbeauftragten vorzusehen.

Abstimmung

Die Vorsitzende stelle die Zustimmung des Ausschusses dazu fest, über den Gesetzentwurf im Ganzen abzustimmen.

Der Ausschuss beschließt bei einer Gegenstimme, dem Plenum zu empfehlen, dem Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 15/5936, zuzustimmen.

Ferner stimmt der Ausschuss dem zur Sitzung eingebrachten Entschließungsantrag (*Anlage*) einstimmig zu.

12. 12. 2014

Werner Raab

[Zu Top 1](#)
36. SozA / 26. 11. 2014

**Landtag von Baden-Württemberg
15. Wahlperiode**

Antrag

**der Fraktion der CDU,
der Fraktion GRÜNE,
der Fraktion der SPD und
der Fraktion der FDP/DVP**

Entschließung

**zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 15/5936**

**Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Landes-
Behindertengleichstellungsgesetz – L-BGG)**

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,

1. nach der Novellierung des Gesetzes zur Gleichstellung behinderter Menschen (BGG) die dortigen Festlegungen und Erkenntnisse auszuwerten sowie
2. die ersten Erfahrungen mit dem 2015 neu gefassten Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Landes-Behindertengleichstellungsgesetz – L-BGG) zu evaluieren und
3. dem Landtag drei Jahre nach Inkrafttreten des Landes-Behindertengleichstellungsgesetzes (L-BGG) hierüber zu berichten.

25. 11. 2014

Hauk, Klenk, Raab
und Fraktion

Sitzmann, Lucha, Poreski
und Fraktion

Schmiedel, Hinderer, Wölfle
und Fraktion

Dr. Rülke, Haußmann
und Fraktion

Begründung

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf wird das Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (L-BGG) grundlegend überarbeitet. Der durch das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention – UN-BRK) festgeschriebene Paradigmenwechsel von den Prinzipien der Fürsorge und Integration hin zur Inklusion erforderte eine Neuorientierung auch für das L-BGG. Mit der Neufassung soll durch eine Einbeziehung der Kommunen in den Geltungsbereich des Gesetzes eine bessere Vertretung der Menschen mit Behinderungen im Land, mehr Rechte für Menschen mit Behinderungen, eine Verbesserung der Barrierefreiheit, eine effektivere Rechtsdurchsetzung durch eine Beweislastumkehr und eine Erweiterung der Möglichkeit des Verbandsklagerechts eine größere Wirksamkeit des Gesetzes erreicht werden. Insbesondere durch die Schaffung von kommunalen Behindertenbeauftragten soll die Sensibilisierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen vor Ort gestärkt und die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Baden-Württemberg vorangetrieben werden. Mit dem Gesetz werden folglich neue Wege beschritten.

Parallel zum Gesetzgebungsverfahren zum L-BGG hat die Bundesregierung den Abschlussbericht zur Evaluation des Behindertengleichstellungsgesetzes (BGG) veröffentlicht, der Grundlage für die Novellierung des BGG sein soll. Es ist zu erwarten, dass in diesem Verfahren Festlegungen getroffen werden, die sich auch auf das L-BGG auswirken können.

Aus diesem Grund ist es sinnvoll, sowohl zu überprüfen, wie die neuen Landesregelungen greifen und welche Auswirkungen sie nach ersten Erfahrungen mit sich bringen werden, als auch die künftigen bundesrechtlichen Regelungen auf ihre landesrechtliche Relevanz zu prüfen und dem Landtag zu beiden Gesichtspunkten zu berichten.